

Protokoll
über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal und Internes

Sitzungstermin: Mittwoch, den 20.11.2024

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:39 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Gerda Küsel

stv. Vorsitzende

Frau Erika Biermann

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

ab 18:00 Uhr

Herr Menko Bakker

Herr Philipp Frieden

Herr Hermann Gossel

Herr Wolfgang Ladwig

Herr Manfred Möhlmann

Vertretung für Herrn A. Gossel

Herr Gunnar Ott

ab 17:47 Uhr

Herr Richard Rokicki

Vertretung für Frau Ubben

Herr Volker Rudolph

Vertretung für Frau Harms

Herr Bastian Wehmeyer

von der Verwaltung

Frau Laura Vorwerk

Erste Stadträtin

Herr Günter Harms

Fachdienstleiter 11 - Innerer Dienst

Herr Reemt Mönck

Sachgebietsleiter 11.1 - Personal

Frau Katja Lorenz

Fachbereichsleiterin 2

Herr Jörg Schiefelbein

Fachdienstleiter 40 - IT und Digitales

Frau Birgit Ehring-Timm

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Aurich

Herr Jan-Simon Harms

Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Jens Coordes

Herr Arnold Gossel

Frau Antje Harms

Frau Hilde Ubben

Beratende Mitglieder

Herr Hendrik Siebolds

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Küsel eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 7 „Gleichstellungsplan der Stadt Aurich für den Zeitraum 2024 bis 2026 (Vorlage: 24/221)“ wird als Tagesordnungspunkt 6 vorverlegt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die abgeänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

TOP 5 Kenntnisgaben der Verwaltung

Es liegen keine Kenntnisgaben der Verwaltung vor.

**TOP 6 Gleichstellungsplan der Stadt Aurich für den Zeitraum 2024 bis 2026
Vorlage: 24/221**

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Aurich, Frau Ehring-Timm, trägt die Präsentation zum Gleichstellungsplan der Stadt Aurich für den Zeitraum 2024 bis 2026 vor. Der Gleichstellungsplan wird auf Grundlage von § 15 des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) fortlaufend für einen Zeitraum von drei Jahren erstellt. Zentrale Ziele des NGG sind die Gleichstellung von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung sowie die Förderung und Erleichterung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für Frauen und Männer. Zum Inhalt des Gleichstellungsplanes gehören die Bestandsaufnahme, die Fluktuationsabschätzung, die Zielsetzungen und die Maßnahmen zur Zielerreichung. Um zukünftig die Zielerreichung voranzubringen, sei es wichtig, einen Willen zur Zielerreichung zu entwickeln und Verständnis zu schaffen. Eine besondere Verantwortung liegt bei den Führungskräften. Die Präsentation ist als Anlage zum Protokoll beigelegt.

Empfehlungsbeschluss:

Der anliegende Gleichstellungsplan der Stadt Aurich für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 - Einbringung des Verwaltungsentwurfes

Die Leiterin des Fachbereichs 2, Frau Lorenz, stellt anhand der beigelegten Präsentation die wesentlichen Veränderungen in der Haushaltsplanung für die Produkte Gemeindeorgane, Personalwesen sowie Organisation und Service vor. Am 05.12.2024 werden voraussichtlich die genauen Zahlen vorliegen. Das Jahresergebnis für 2025 konnte auf ca. 20 Mio. Euro korrigiert werden. Bei einer gleichbleibenden Entwicklung wird voraussichtlich ab dem Jahr 2027 die Haushaltssicherung erfolgen müssen. Steigerungen im Produktbereich Gemeindeorgane ist auf Tarifsteigerungen zurückzuführen. Die Steigerungen im Produkt Personal sind ebenfalls durch Tarifsteigerungen begründet. Aufgrund der geplanten Anschaffung von E-Fahrzeugen sowie der geplanten Errichtung eines neuen Fahrradstandes erfolgen die Steigerungen im Produkt Organisation und Service. Ein gleichbleibendes Defizit wird bei dem Produkt Rechts- und Versicherungsangelegenheiten erwartet.

TOP 7.1 Vorstellung der Veränderungsliste für den Stellenplan 2025

Frau Vorwerk fasst die wesentlichen Aspekte der Veränderungsliste für den Stellenplan 2025 zusammen. Insgesamt sollen 34,75 neue Planstellen geschaffen werden. Bei einigen Stellen fallen bereits jetzt Kosten an, weil sie befristet besetzt sind (Sowieso-Kosten). Für das Jahr 2025 ist eine Personalkostensteigerung von insgesamt 4,3 Mio. Euro eingeplant wurde. Hiervon entfallen ca. 2,0 Mio. Euro auf Tarifsteigerungen, ca. 100.000 Euro auf Höhergruppierungen, ca. 325.000 Euro auf bereits besetzte befristete Stellen, ca. 475.000 Euro auf sonstige Steigerungen und ca. 1,4 Mio. Euro auf zusätzliche Stellen, worin ca. 390.000 Euro für Springerstellen enthalten sind.

Insgesamt hat sich die Zahl der Beschäftigten bei der Stadt Aurich in den letzten Jahren um ca. 30 % vergrößert. Gleichzeitig wurde die Zahl der Beschäftigten in der Kernverwaltung kaum erhöht. Diese Situation hat zu einer erhöhten Arbeitsdichte und verstärkter Belastung in der Belegschaft geführt. Die Gesamtsituation wird durch den Fachkräftemangel und die große Konkurrenz durch andere Behörden verstärkt. Da der Stellenplan betreffend der Kernverwaltung in den vergangenen 14 Jahren leider nicht kontinuierlich den Bedürfnissen angepasst worden ist, sei eine solche Anpassung nunmehr zwingend erforderlich. Mit dieser Veränderungsliste sollen aktuelle Problemfelder gelöst und die Verwaltung perspektivisch für die Zukunft aufgestellt werden. Ein weiteres Problemfeld stellt der demografische Wandel in der Verwaltung dar. Bis zum Jahr 2045 werden 42,6 % der Belegschaft in Rente gehen. Dies bedeutet, dass jährlich 18,5 Stellen aufgrund von Renteneintritten nachbesetzt werden müssen.

Frau Vorwerk verliest die zum Protokoll beigelegte Stellungnahme des Personalrats der Stadt Aurich vom 20.11.2024.

Frau Küsel fasst zusammen, dass aufgrund der problematischen Personalsituation dringender Handlungsbedarf seitens der Stadt Aurich besteht.

TOP 7.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich 11.1 Personal
Vorlage: ANTRAG 24/030

Herr Ott erläutert den Antrag seiner Fraktion. Das Personalamt einer Behörde ist für die Gewährleistung einer guten Personalverwaltung verantwortlich. Die große Aufgabendichte und Überlastung der Mitarbeitenden innerhalb der Stadtverwaltung zeigen die problematische Situation auf. Die Einrichtung der zusätzlichen Stelle hat das Potential, die Mitarbeiterzufriedenheit nachhaltig zu verbessern. Durch fortlaufende Stellenbewertungen und die Bearbeitung von Höhergruppierungen können ebenfalls verbesserte Aufstiegschancen geschaffen werden. Auch kann die Nachwuchsgewinnung hierdurch erleichtert werden, da eine regelmäßige Stellenüberprüfung die Attraktivität des Arbeitgebers steigert. Die regelmäßige Überprüfung der Stellen kann ebenfalls Haftungsvorfällen vorbeugen, sofern eine nicht ausreichende Qualifikation für die Besetzung der Stelle festgestellt wird.

Frau Biermann teilt mit, dass sie ebenfalls eine Erforderlichkeit in dieser Stelle sieht. Ihre Fraktion wird daher den Antrag unterstützen.

Herr Wehmeyer kritisiert, dass die Stelle nicht von der Verwaltung eingebracht wurde. Die Verwaltung hat eine sehr umfangreiche Veränderungsliste mit insgesamt 34,75 neuen Stellen eingebracht. Die zusätzliche Stelle wurde von der Verwaltung nicht mit aufgeführt. Man vertraue auf die Verwaltung, dass die Stellen der Veränderungsliste notwendig seien. Dieser zusätzlichen Stelle steht seine Fraktion jedoch kritisch gegenüber. Die Vorlage der Verwaltung werde man hingegen unterstützen.

Herr Harms erklärt, dass die zusätzliche Stelle im Sachgebiet 11.1 – Personal notwendig ist, da bei der Bearbeitung von Höhergruppierungsanträgen hohe Rückstände vorhanden seien und man bei den Überprüfungen aufgrund von Veränderungen in den Stellenbeschreibungen nicht ausreichend nachkommen könnte. Hier müsse auch regelmäßig ein Austausch mit den jeweiligen Vorgesetzten stattfinden. Im Zuge der Erstellung der Veränderungsliste wurde das Sachgebiet 11.1 – Personal schon mit weiteren Stellen berücksichtigt. Aufgrund dessen wurde diese Stelle nicht mit aufgeführt. Der Bedarf für die Schaffung der zusätzlichen Stelle liegt vor. Dies zeigt insbesondere die laufende Sachbearbeitung.

Herr Ott erklärt, dass man den Einwand versteht und fügt hinzu, dass bei der Stadt Aurich derzeit eine Person Stellenbewertungen und Höhergruppierungen bearbeitet. Hier liegt eine große Arbeitsbelastung vor. Ein Problem stellt zudem die Nachbesetzung solcher Stellen dar, da diese Stelle im Vergleich zu den anderen Stellen unattraktiver ist. Der vorliegende Fall zeigt, dass auch seitens der Verwaltung Bedarf besteht.

Herr Rokicki teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen wird. Durch die Schaffung der zusätzlichen Stelle kann ein Mehrwert erzielt werden.

Herr Wehmeyer informiert die Anwesenden, dass man nicht von einem Bedarf in diesem Bereich ausgegangen war. Die sei überraschend. Man werde sich zunächst enthalten und fraktionsintern beraten.

Empfehlungsbeschluss:

Im Sachgebiet 11.1 wird eine zusätzliche Stelle eingerichtet. Diese Stelle soll mit Entgeltgruppe 9c dotiert sein. Eine der Schwerpunkte der Stelle soll die Auswertung von Stellenbeschreibungen sein.

Abstimmungsergebnis:

acht Ja-Stimmen und vier Enthaltungen

TOP 7.3 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 - Stellenplan 2025
Vorlage: 24/195/3

Empfehlungsbeschluss:

Gemäß § 58 Abs. 1 Ziffer 9 NKomVG beschließt der Rat der Stadt Aurich die Haushaltssatzung der Stadt Aurich für das Haushaltsjahr 2025 auf der Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfes des Haushaltsplanes 2025, einschließlich der Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2025 bis 2028. Der Festlegung der wesentlichen Produkte sowie dem Stellenplan 2025 wird zugestimmt. Die Daten des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes 2026 – 2028 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7.4 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 - Einbringung des Verwaltungsentwurfes (Vorstellung Produkt Fachdienst 40 - IT und Digitales)
Vorlage: 24/195

Frau Lorenz stellt die wesentlichen finanziellen Änderungen vor. Im Ergebnishaushalt sind 500.000,- Euro veranschlagt worden. Diese setzen sich aus den Kosten für aktives Personal sowie Sach- und Dienstleistungen zusammen. Im investiven Bereich werden 20.000,- Euro veranschlagt. Dies wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

Der Leiter des Fachdienstes 40 IT und Digitales, Herr Schiefelbein, stellt die dazugehörige Veränderungsliste vor. Aufgrund notwendiger Neuanschaffungen erfolgt eine Korrektur von 95.000,- Euro in der 1. Veränderungsliste. Dies hängt u. a. mit der Hardwareablösung und der Umstellung auf das neue Betriebssystem Windows 11 zusammen. Hier müssen ca. 150 Endgeräte ausgetauscht werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 60.000,- Euro. Zudem sollen für die Auszubildenden der Stadt Aurich Notebooks angeschafft werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 25.000,- Euro. Die Fachanwendung ARES (Auftragsprogramm für den städt. Betriebshof) soll erneuert werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 10.000,- Euro. Insgesamt belaufen sich die Kosten somit auf ca. 140.000,- Euro.

Zudem muss das Netzwerk der Stadt Aurich erneuert werden. Die Leistungsfähigkeit der mittlerweile 20 Jahre alten Technik ist inzwischen stark reduziert. Hierfür werden Ausgaben von ca. 100.000,- Euro veranschlagt. Auch das Speichernetzwerk als Kernelement muss erneuert werden. Insgesamt befinden sich 60 Server im Speichernetzwerk. Diese haben eine Lebensdauer von 6 Jahren und haben diese in den kommenden Monaten erreicht. Hierfür werden Ausgaben von ca. 80.000,- Euro veranschlagt.

Abschließend sollen 3 weitere Server im Verlauf des kommenden Jahres ausgetauscht werden. Da es sich um drei sich ergänzende Server handelt, ist der Austausch aller 3 Server notwendig. Die Kosten für den Austausch belaufen sich auf ca. 70.000,- Euro.

Herr Rudolph möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, dass die Kosten auf die nächsten Jahre aufgeteilt werden können.

Herr Schiefelbein teilt mit, dass dies nicht möglich ist. Dies hängt damit zusammen, dass das System redundant ist und somit alle Teile ersetzt werden müssen.

Herr Wehmeyer fragt an, ob die Stadt Aurich verlässlich gegen Cyberangriffe gerüstet ist.

Herr Schiefelbein erklärt, dass man aus technischer Sicht eine Menge veranlasst habe. So ist bei der Stadt Aurich die Stelle eines IT-Sicherheitskoordinators geschaffen worden. Auch wird fortlaufend die Sicherheitssoftware aktualisiert. Man wird jedoch in der Zukunft von einem größeren Cyberangriff betroffen sein.

Herr Harms fügt hinzu, dass auch eine Sensibilisierung der Mitarbeitenden in Bezug auf die IT-Sicherheit und den Datenschutz über eine eigens hierfür eingerichtete Plattform erfolgt.

Frau Vorwerk ergänzt, dass man derzeit versucht, eine Cyberversicherung abzuschließen. Die Versicherung ist jedoch mit großen Auflagen verbunden und es wird derzeit versucht, die Auflagen zu erfüllen. So soll u. a. ein Notfallstab gebildet werden.

Herr Bakker möchte in Erfahrung bringen, ob die Kläranlage ebenfalls geschützt ist und ob Verbindungen zu anderen Teilen der Stadt bestehen.

Herr Schiefelbein informiert, dass die Kläranlage separat betrachtet wird und durch einen externen IT-Dienstleister betreut wird. Insgesamt betreut der Fachdienst 40 – IT und Digitales neben der IT-Infrastruktur des Rathauses auch ca. 2200 Tablets, 600 Computer und 400 Notebooks. Jedes dieser Geräte kann von Angriffen betroffen sein, welche sich auf die gesamte IT-Infrastruktur der Stadt Aurich ausweiten können.

Frau Altmann bedankt sich für die Aufklärung über die IT-Sicherheit der Stadt Aurich. Die Schaffung des Ausschusses schaffe eine verbesserte Transparenz zwischen der Verwaltung der Politik.

Empfehlungsbeschluss:

Gemäß § 58 Abs. 1 Ziffer 9 NKomVG beschließt der Rat der Stadt Aurich die Haushaltssatzung der Stadt Aurich für das Haushaltsjahr 2025 auf der Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfes des Haushaltsplanes 2025, einschließlich der Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2025 bis 2028. Der Festlegung der wesentlichen Produkte sowie dem Stellenplan 2025 wird zugestimmt. Die Daten des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes 2026 – 2028 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 8 Fortführung Firmenfitness-Programm mit der Firma Hansefit **Vorlage: 23/215/1**

Herr Harms berichtet, dass das Firmenfitness-Programm von mittlerweile 226 Mitarbeitenden genutzt wird. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurde ein befristeter Vertrag mit dem Anbieter geschlossen. Es wurden Vergleichsangebote eingeholt. Diese Angebote sind jedoch im Vergleich zu dem Angebot der Fa. Hansefit nicht konkurrenzfähig. Sollte ein unbefristeter Vertrag geschlossen werden, kann dieser bei Bedarf jährlich gekündigt werden.

Herr Rokicki findet es gut, dass das Angebot bei den Mitarbeitenden gut angenommen wird. Auch handelt sich bei der Fa. Hansefit um einen namhaften Partner, welcher ein gutes Angebot zur Verfügung stellt. Seine Fraktion wird den Beschluss unterstützen.

Frau Ehring-Timm teilt mit, dass solche Firmenfitnessprogramme die Geschlechtergerechtigkeit fördern.

Herr Möhlmann berichtet, dass der Landkreis Aurich den Eigenanteil der Beschäftigten für die Teilnahme am Firmenfitnessprogramm erhöht hat und möchte wissen, ob dies auch für die Beschäftigten der Stadt Aurich vorgesehen ist.

Herr Harms teilt mit, dass nach seiner Kenntnis die Fa. Hansefit beim Landkreis Aurich die Preise für den Firmenfitnessvertrag erhöht hat und deshalb dort auch der Eigenanteil für die dortigen Beschäftigten erhöht wurde. Dies sei bei der Stadt Aurich nicht der Fall. Durch die zunehmende Teilnehmerzahl reduziere sich der Anteil der Stadt Aurich entsprechend.

Empfehlungsbeschluss:

Der Vertrag mit der Fa. Hansefit GmbH & Co. KG, Osterdeich 6, 2803 Bremen, über ein Firmenfitness-Programm wird über den 31.03.2025 hinaus bis auf weiteres fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 9 KWP Maßnahme: Einführung eines Kommunalen Energiemanagements
Vorlage: 24/202

Der Leiter des Sachgebietes 11.1 – Personal, Herr Mönck, berichtet, dass der Beschlussvorschlag seitens des FD 26 – Klima/Umwelt/Verkehr eingereicht worden ist. Man möchte sich neu aufstellen, um eine entsprechende Förderung beantragen zu können. Hierdurch kann eine Förderstelle für 2 – 3 Jahre geschaffen werden. Aufgrund dessen wird die Stelle nicht im Stellenplan aufgeführt. Weiter ist die Förderung abhängig von den anstehenden Bundestagswahlen 2025. Die Verwaltung möchte bereits frühzeitig einen entsprechenden Beschluss auf den Weg bringen, um kurzfristig handeln zu können. Der Beschluss des Ausschusses für Personal und Internes umfasst hierbei lediglich die dazugehörige Personalmaßnahme. Die weiteren Beschlussgegenstände sind Teil der Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr.

Frau Altmann bittet darum, solche Informationen weiter nach außen zu tragen. Die Förderung und Einstellung einer geförderten Kraft sei positiv für die Stadt Aurich.

Empfehlungsbeschluss:

Mit dieser Vorlage wird die Einführung eines Kommunalen Energiemanagements in der Stadt Aurich beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufbau zu organisieren und den kontinuierlichen Betrieb sicherzustellen. Dabei ist „Kom.EMS“ zugrunde zu legen. Über den Einführungsprozess und die Ergebnisse ist der Rat der Stadt Aurich regelmäßig zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 10 Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen an die Verwaltung gestellt.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt Frau Küsel die Sitzung um 18:39 Uhr.

Küsel
Vorsitzende

Herr Harms
Protokollführer